

Pressemitteilung

01. April 2025
Pressemitteilung von

Die Linke Fraktion im Krefelder Stadtrat

„Wo bleibt die Hilfe gegen Mietpreistreiberei?“

Die Linke Krefeld fordert soziale Wohnungspolitik für Krefeld

Am 26. März 2026 veröffentlichte „Immowelt“ eine Analyse: Krefeld ist fast Spitzenreiter beim bundesweiten Mietenanstieg der letzten vier Jahre. Seit 2022 sind die Mieten in Krefeld um 21,8 % gestiegen. Nur in Berlin wuchsen die Mieten noch rasanter als in Krefeld.

„Wo bleibt wirksame Hilfe gegen die Mietpreistreiberei?“ fragt Ratsherr Stephan Hagemes, der wohnungspolitische Sprecher der Linken Krefeld. „Die Menschen in Krefeld brauchen dringend eine soziale Wohnungspolitik, damit es endlich mehr statt weniger bezahlbare Wohnungen in dieser Stadt gibt!“

Die Linke Fraktion im Krefelder Stadtrat kritisiert die Reaktionen der Krefelder GroKo auf die Analyse. „Wesentlich mehr als eine ‚Wohnungsmarktstrategie‘ fällt CDU und SPD nicht ein,“ bemängelt Ratsherr Sebastian Schubert, Sprecher der Linken Fraktion. „Stella Rütten will angeblich mehr Einflussmöglichkeiten für die Kommune, ihre SPD-Fraktion hat aber mit der CDU selbst das Werkzeug zum Erhalt der mangelnden Mietwohnungen in Krefeld abgeschafft: die Wohnraumschutzsatzung. Mietwohnungen werden daher weiter in Monteurswohnungen oder AirBnB verwandelt oder stehen jahrelang leer. Diese zweckentfremdeten Mietwohnungen fehlen, besonders in der Innenstadt und treiben langfristig auch die Preise hoch. Wir schließen uns den Sorgen des Mieterverbandes Niederrhein über die Entwicklung der Innenstadt an.“

Die Linke Krefeld fordert die Krefelder SPD und CDU auf, sich in ihrer Bundesregierung mehr für den Schutz vor Mieterhöhungen einzusetzen. „Wir brauchen einen grundlegenden Richtungswechsel: Einen bundesweiten Mietendeckel und sozialen Wohnungsbau, der dauerhaft bezahlbar bleibt. Die Bundesregierung könnte und müsste diesen bundesweiten Mietendeckel längst einführen und den Kommunen mehr Möglichkeiten zum Erhalt und zur Schaffung neuer Sozialwohnungen geben. Wir verlangen hier klare Kante von den Ratsfraktionen der CDU und SPD gegenüber Berlin!“ fordert Edith Bartelmus-Scholich, die Kreissprecherin der Linken Krefeld. „Auch Krefeld benötigt deutlich mehr Mittel, um z.B. sanierungsbedürftige Mietshäuser zu kaufen und (über die Wohnstätte) daraus Sozialwohnungen zu schaffen.“

Ein großes Problem ist der Verfall vieler Mietswohnungen in Krefeld. „Die BG Schinkenplatz und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Krefelder Bürgervereine (AKB) haben in den letzten Monaten Listen mit u.a. vergammelnden Wohnhäusern veröffentlicht“, erinnert Ratsfrau Patricia Kanter, die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Linken Krefeld. „Die städtische



Pressemitteilung

Wohnungsaufsicht müsste hier deutlich mehr unternehmen. Doch der Fachbereich Wohnen braucht dazu mindestens zwei weitere Mitarbeiter*innen. Dann könnte das `Wohnraumstärkungsgesetz` des Landes NRW endlich umgesetzt werden. Unter Anderem § 5 „Erfüllung von Mindestanforderungen an Wohnraum“, § 6 „Instandsetzungserfordernis von Wohnraum“ und § 9 „Unbewohnbarkeitserklärung“ geben der Stadt die Möglichkeit, zum Nutzen der Mieter*innen einzugreifen und die Eigentümer*innen in die Pflicht zu nehmen. Das dazu fehlende Personal muss dringendst eingestellt werden, die Wohnungsaufsicht und die Wohnungsbauförderung müssen entschieden handlungsfähiger gemacht werden!“ fordert die stadtentwicklungspolitische Sprecherin.



Die Linke